

## Budgetrede 2026 –

Ruth Lukesch, 18.12.2026

Guten Abend miteinander,

zunächst danke ich Klaus Bösch und seinem Team für das vorliegende Zahlenwerk – stellvertretend für alle Abteilungen und Gemeindebetriebe – sowie für die stets kompetente und konstruktive Zusammenarbeit mit allen hier in den Häusern.

Heute sprechen wir über die politischen Entscheidungen, die auf Grundlage dieser Zahlen getroffen wurden.

Wenn ich hier spreche, sehe ich nicht nur die Mitglieder der Gemeindevorstand. Ich sehe auch die Porträts früherer Bürgermeister, die Lustenau in ihrer Zeit geprägt haben. Ich wünsche mir, dass hier ebenso Bilder der heutigen Lustenauerinnen und Lustenauer hängen würden – jeden Alters, jeder Herkunft, in all ihren Lebensrealitäten. Ihnen sind wir verpflichtet. Für sie gestalten wir Lustenau.

Ein Budget ist kein technisches Dokument. Es ist eine politische Standortbestimmung. Es zeigt, ob eine Gemeinde den Mut hat, Prioritäten zu setzen – oder ob sie schwierige Entscheidungen vertagt.

Es ist Lustenaus Zukunft, gegossen in Zahlen.

Die Landesstelle für Statistik prognostiziert Lustenau in den kommenden 25 Jahren das stärkste Bevölkerungswachstum Vorarlbergs. Das ist Chance und Verpflichtung zugleich.

Wir müssen unsere Grundinfrastruktur vorausschauend ausbauen: Kinderbetreuung, Schulen, leistbares Wohnen, Flächen für neue und bestehende Betriebe, Verkehrskonzepte sowie ausreichende Kapazitäten in Gesundheit und Pflege. Wer dieses Wachstum ernst nimmt, muss heute handeln – klug, konsequent und ehrlich.

Wir können später nicht behaupten, wir hätten nichts gewusst.

In den Budgetreden der vergangenen Jahre dominierten immer dieselben Schlagworte: Inflation, schwache Konjunktur, sinkende Ertragsanteile, steigende Zinsen, explodierende Beiträge zu Sozial-, Spitals- und Rettungsfonds. All das ist real. Aber eines muss sich ändern: unsere Haltung.

Dauerndes Verweisen auf äußere und vergangene Umstände bringt uns keinen Schritt weiter. Es lähmt.

Ja, der Spielraum ist enger geworden – aber er ist größer, als wir uns oft selbst zugestehen.

Was diesen Spielraum jedoch massiv einschränkt, ist der Schuldenstand. Für 2026 steuern wir auf einen neuen Höchstwert von rund 140 Millionen Euro zu. Das sind etwa 5.400 Euro Schulden pro Kopf. Diese Entwicklung ist nicht nur besorgniserregend – sie ist schlicht nicht mehr verantwortbar.

Auch 2026 übersteigen unsere Auszahlungen erneut die Einzahlungen. Das bedeutet: ein negativer Saldo aus der operativen Gebarung. Oder klar gesagt: Jede einzelne Investition wird mit neuen Schulden finanziert.

Genau deshalb haben sich alle fünf Fraktionen frühzeitig darauf verständigt, 2026 nur dann zu investieren, wenn

- Projekte bereits begonnen wurden – etwa der Campus Rotkreuz,
- vertragliche Verpflichtungen bestehen – etwa bei Fernwärmeanschlüssen, Fahrradbrücke
- Investitionen nicht mehr aufschiebbar sind, insbesondere in der Grundinfrastruktur wie Wasser, Kanal, Straßen und gemeindeeigenen Gebäuden.

Alle anderen Vorhaben sollten zurückgestellt werden. Das ist kein Stillstand, das ist Vernunft.

Denn während wir früher darüber diskutiert haben, welche zusätzliche Infrastruktur wir wollen, müssen wir heute ehrlich beantworten, welche Infrastruktur wir uns künftig noch leisten können.

Das wird nicht ohne Konsequenzen gehen. Wir werden mit Vereinen und anderen Akteuren neue Formen der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur diskutieren müssen.

Und ja – auch die Frage muss erlaubt sein, ob wir künftig wirklich alles selbst bereitstellen oder gewisse Freizeit- und Sportinfrastrukturen gemeinsam mit Nachbargemeinden und -städten nutzen.

Denn eines wird systematisch unterschätzt: Nicht der Bau ist das Hauptproblem, sondern der Betrieb. Die Lebenszykluskosten unserer Gebäude, Sportstätten und Anlagen fressen einen immer größeren Teil des Budgets – politisch aber sind sie noch immer viel zu wenig im Fokus.

Es gab zu diesen Fragen eine grundsätzliche Verständigung. Dafür danke ich Bürgermeister Patrick Wiedl ausdrücklich, ebenso jenen Fraktionen, die ernsthaft an einer nachhaltigen Zukunft für Lustenau arbeiten.

Umso unverständlicher ist es für uns, dass im Budget 2026 dennoch z.B. Sportinvestitionen enthalten sind, die keines der vereinbarten Kriterien erfüllen. Sie gehören nicht zur Grundinfrastruktur – sie wirken vielmehr wie die nachträgliche Bedienung von Wahlversprechen.

Es ist nicht akzeptabel, jahrelang verschobene Projekte – etwa auch im Schulbereich, im Bereich der Seniorenhäuser – weiterhin hintanzustellen, überall den Sparstift anzusetzen und dann doch einzelne „Zuckerle“ für wenige zu verteilen.

Damit entsteht der Eindruck: Gespart wird dort, wo es wenig Widerstand gibt – investiert dort, wo es politisch opportun ist. Das ist kein nachhaltiger Kurs.

Und es wird genau jenes politische Ping-Pong fortgesetzt, das wir eigentlich beenden wollten: "Wenn die etwas bekommen, steht uns das auch zu." Dieses Denken führt uns direkt tiefer in die Schuldenfalle.

Was wir brauchen, ist ein klarer Schnitt. Ein Schnitt zwischen dem, was historisch gewachsen ist, und dem, was künftig realistisch finanziertbar ist. Ein Schnitt, der ehrlich sagt: Nicht alles, was früher möglich war, wird auch in Zukunft für alle in gleichem Ausmaß möglich sein.

Jede Investition erhöht unsere Neuverschuldung. Wer Verantwortung ernst nimmt, braucht deshalb einen klaren Plan, klare Prioritäten und eine nachvollziehbare Struktur. Genau das fehlt diesem Budget.

Denn mit klaren Konzepten passiert Folgendes:

- Geld folgt der Strategie – nicht dem politischen Zuruf.
- Endlose Einzelfaldebatten werden überflüssig.
- Entscheidungen werden transparent, planbar und für alle nachvollziehbar.

Gleichzeitig müssen wir uns natürlich darauf einstellen, nicht nur bei Investitionen, sondern auch bei den laufenden Ausgaben zu sparen. Dieser Prozess wurde angestoßen, das lässt sich nicht innerhalb weniger Monate vollständig umsetzen – aber spätestens im Budget 2027 erwarten wir eine klare, ressortübergreifende und transparente Linie.

Ein wichtiger Punkt dabei ist die Abgangsdeckung der Sozialdienste Lustenau gem. GmbH, die mittlerweile bei über 3 Millionen Euro jährlich liegt. Ein Konsolidierungsprozess hat 2025 begonnen. Er muss nun konsequent Wirkung zeigen.

Uns geht es nicht darum, Engagement abzuwürgen. Im Gegenteil: Durch klarere, zielgerichtete Strukturen können am Ende bessere Bedingungen für alle entstehen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist Transparenz. Wer Einschnitte erklären will, muss Vertrauen schaffen und schafft somit Akzeptanz.

Deshalb fordern wir weiterhin die vollständige Offenlegung aller Förderungen und Transferzahlungen nach klaren Kriterien, wie dies in Städten wie Linz seit Jahren praktiziert wird.

Das Argument, Transparenz erzeuge Neid, überzeugt uns nicht. Wenn Neid entsteht, dann deshalb, weil die politischen Kriterien nicht sauber erklärt und gerecht gestaltet sind.

Die Lustenauer Vereine leisten Enormes: Sie fördern Gesundheit, Kultur und Gemeinschaft, sie wirken gegen Einsamkeit, verbinden Generationen und Kulturen und vermitteln Verantwortung. Stellvertretend für all dieses Engagement erwähnen wir die Verleihung des Freiwilligenstaatspreises für Inklusion an den Lustenauer Verein W\*Ort.

Alle Institutionen verdienen faire, nachvollziehbare und langfristig tragfähige Rahmenbedingungen – nicht Unsicherheit und politische Einzelentscheidungen.

Auch wir Politikerinnen und Politiker dürfen uns nicht aus der Konsolidierung ausnehmen. Glaubwürdig sind wir nur, wenn wir auch Gehälter, Sitzungsgelder und Fraktionsförderungen kritisch hinterfragen. Noch nie gab es so viele Ressorts und Sitzungen wie in dieser Periode.

Wir alle reden vom Sparen. Doch Sparen bedeutet derzeit nicht, Geld zur Seite zu legen. Es bedeutet schlicht: keine neuen Schulden zu machen. Jeder Euro, den wir 2026 nicht ausgeben, ist ein Euro weniger neue Schulden.

Wenn wir Lustenau künftig wieder aktiv gestalten wollen, dann muss das oberste Ziel klar sein: Schuldenabbau.

Das gelingt nur mit einem klaren Konzept und einem verbindlichen politischen Bekenntnis. Beides ist im vorliegenden Budget aus unserer Sicht nicht ausreichend vorhanden.

Es trifft zu wenige klare Entscheidungen und verschiebt zentrale Weichenstellungen in die Zukunft.

Deshalb können wir diesem Budget heute nicht zustimmen.

Unsere Ablehnung ist jedoch kein Rückzug aus der Verantwortung. Wo es um Zukunftssicherung, um das Wohl aller und um konstruktive Lösungen geht, stehen wir wie bisher jederzeit zur Zusammenarbeit bereit.

Kritik und Kooperation schließen einander nicht aus – sie gehören in einer lebendigen Demokratie zusammen.

Denn nicht Einigkeit macht stark, sondern der gemeinsame Wille zur Lösung.

Gehen wir's an, bleiben wir dran!